

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgertät, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Städtische Bank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbm. monatlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Richtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hietze, Joh. Walter Hietze Verantwortlich: R. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Pettizelle 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 2

Bad Schandau Dienstag, den 4. Januar 1927

71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Der Fernverkehr Deutschland—Österreich wurde am Montag vormittag durch einen Festakt im Jeromonienaal der Wiener Hofburg feierlich eröffnet.

* Professor Pertles ist in Kroja an Herzschlag gestorben. Professor Pertles hatte seit 1910 den chirurgischen Lehrstuhl in Tübingen inne und verwaltete die Universitätsklinik. Pertles ist der Erfinder der Strahlenfiltration für die Röntgenstrahlentherapie.

* Einer Meldung aus Neval zufolge hatte dort am 1. Januar eine Konferenz der Außenminister Finnlands, Estlands und Lettlands stattgefunden, die sich mit den Garantieverträgen mit Russland beschäftigte.

* Zwischen dem ungarischen Gesandten in Berlin und dem Sowjetbotschafter haben Verhandlungen über Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und über ein Handelsabkommen stattgefunden, die in Vertragsentwürfen festgelegt wurden. Es bestehen jedoch in Ungarn innenpolitische Strömungen gegen die Aufnahme der Beziehungen zu Russland, so daß vorläufig die Ratifizierung der Verträge unmöglich ist.

* In Hallwang bei Salzburg wurde am Neujahrstage einem Bauernsohn beim Abfeuern eines Neujahrssöllers der Kopf abgerissen.

* In Palermo brach in einem voll besetzten Kino während der Vorführung Feuer aus. Bei der entstandenen Panik wurden 14 Personen verwundet, darunter 3 schwer.

Panamerika und Petroleum.

Von Dr. W. Brunner, Berlin.

Das auf Grund der Monroe-Doktrin geprägte Schlagwort „Amerika den Amerikanern“ hat längst die Bedeutung gewonnen: Amerika den Nordamerikanern. Die mächtigen Vereinigten Staaten haben es nicht wie andere Nationen nötig, sich zur Sicherung ihres Rohstoffbezuges Kolonien in anderen Erdteilen zu gründen, wenn sie den gewaltigen, sich durch alle Zonen hinziehenden amerikanischen Kontinent beherrschen, der ihnen mit Ausnahme von Kautschuk, Seide, Eisal und Jute alles liefern würde. Die Politik der Vereinigten Staaten ist daher seit Jahren, und vor allem nach dem Weltkrieg, darauf eingestellt, ihre Herrschaftszone besonders nach Süden auszudehnen. Ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik gibt ihnen die Mittel. Mit wenigen Ausnahmen sind heute alle Staaten des amerikanischen Erdraumes von der Union wirtschaftlich und finanziell durchdrungen. Der Gedanke einer panamerikanischen Union hat daher durch die Vereinigten Staaten die größte Förderung erfahren und schließlich sind sie von den beteiligten Ländern als Führerin anerkannt worden.

Besonderes Gewicht legen die Vereinigten Staaten auf Abhängigmachung jener amerikanischen Staaten, in denen sich der Rohstoff findet, der seit 30 Jahren die höchste Wertschätzung erfahren hat und um den die Vereinigten Staaten in erster Linie mit der angelsächsischen Schwesternation heiße wirtschaftliche und politische Kämpfe geführt haben: das Petroleum. Die Rivalität der Amerikaner und Engländer in der Erdölfrage trat auf dem amerikanischen Kontinent besonders scharf in Mexiko hervor. Denn dieses dem Panamakanal und den lateinamerikanischen Ballenstaaten vorgelagerte Land hatte durch die dortigen Petroleumfunde für die panamerikanischen Pläne der Union eine besondere Wichtigkeit bekommen. Daher haben es die Amerikaner, nachdem 1901 Doherty große Erdölkonzeptionen in Mexiko erworben hatte, nicht gern, daß die englische Gesellschaft S. Pearson & Sons, die schon seit 1884 Bergbaukonzessionen inne hatte, 1902 beim Bau der Tehuantepec-Bahn ebenfalls auf Öl stieß und sich Rechte daran sicherte. Die Freundschaft der amerikanischen und englischen Gesellschaften stieg in dem Maße der Ölproduktion. Von einschneidender Bedeutung für die Petroleumindustrie in Mexiko wurde das Jahr 1907. In diesem Jahre wurde durch Doherty die Mexican Petroleum Comp. of Delaware gegründet, gleichzeitig aber auch die Compania Mexicana de Petroleo El Aguila von englischer Seite, welche die Delinteressen von S. Pearson übernahm. Die Amerikaner behielten aber die Führung. Im Jahre 1910 hatten sie bereits 15 Millionen Dollar, die Engländer nur 10 Millionen Dollar in der mexikanischen Ölindustrie angelegt; die rasch an die zweite Stelle unter den Weltproduzenten aufstiege; heute beläuft sich das in der mexikanischen Ölindustrie investierte amerikanische Kapital auf 600 Millionen Dollar.

1911 wurde der kluge und energische Präsident Porfirio Diaz, der seit 1876 ununterbrochen die Geschichte seines Landes geleitet und zu dessen Erschließung vor allem durch die Petroleumindustrie fremdes Kapital herangezogen hatte, gestürzt. Unter seinem Nachfolger Madero löste ein Aufruhr den andern ab, und die Volksmut richtete sich in steigendem Maße gegen die landbesitzenden Fremden, besonders gegen die Amerikaner, deren Leben und Eigentum nicht mehr sicher war, was naturgemäß die Petroleumindustrie stark benachteiligte. Damals wurde die Lösung ausgegeben: Mexiko den Mexikanern! Nach der Ermordung Maderos trat 1913 Huerta die Regierung an, ohne zunächst von den Mächten anerkannt zu werden. Als aber Großbritanniens Sir Ploné Carden, einen alten Gegner des amerikanischen Staatssekretärs Knox, wegen des Vorgehens der Union gegen Cuba zu Huerta schickte, glaubte Wilson, daß dies ein erster Schritt zur Anerkennung der neuen mexikanischen Regierung durch die Engländer wäre und diese den Amerikanern in der Petroleumfrage zuvorkommen wollten. Wilson setzte es daher durch, daß Carden 1914 abberufen wurde. Als die Engländer den geschlossenen Widerstand der amerikanischen Regierung spürten, die unter dem Schutz des Eigentums ihrer Bürger in Mexiko Förderung ihrer eigenen Erdölinteressen und Anwendung des englischen Einflusses verstand, zogen sie sich zurück, zumal die

amerikaner noch jenen den größten Teil der Oelfelder in Händen hatten. Der englische Petroleumkonzern richtete seine weitere Aufmerksamkeit infolgedessen auf Kolumbien, wo er neue Konzessionen erwarb.

Da aber Washington der Ansicht war, daß die an Engländer gewährten Konzessionen die Selbständigkeit Kolumbiens gefährden könnten, dieses Land sich auch in unbeeinträchtiger Nähe des Panamakanals befindet, so protestierte es in London. Und nicht vergebens. Die englischen Ölgesellschaften wurden aus Kolumbien und Nicaragua ganz zurückgezogen. England rächte sich aber dadurch, daß es die Aushebung der zollfreien Durchfahrt amerikanischer Küstenschiffe durch den Panamakanal erzwingen und ferner, daß die Vereinigten Staaten an Kolumbien wegen ihres rücksichtslosen Vorgehens in der Panamafrage eine Entschädigung von 25 Millionen Pfund Sterling zu zahlen hatten. Vor der Ratifizierung dieser Verträge gelang es aber der Standard Oil Comp. of California, von Kolumbien eine Konzession auf 1,4 Mill. Acres, und dem amerikanischen Ölprospektor Wm. Braden, eine solche in Bolivien auf 5,3 Mill. Acres Petroleumland zu erhalten.

Nach erneutem Umsturz in Mexiko gab Carranza 1917 dem Lande eine Verfassung, welche die nationalen Wünsche befriedigte und die Eigentümern des Volkes an den Bodenschätzen festlegte. Der Artikel 27 bestimmte, daß Landkonzessionen an Ausländer nur unter der Bedingung erteilt würden, daß diese auf den Schutz ihrer Regierungen in diesen Dingen verzichteten. Daraus mußte gefolgert werden, daß alle früheren Konzessionen hinsichtlich sein würden, die Ausländer das Land verlassen, sich naturalisieren lassen oder ihre Rechte auf Mexikaner übertragen mußten. Die Ausführungsbestimmungen vom Februar 1919 verlangten Anmeldung, Eintragung und Bestätigung des Erdölreichtums sowie die Erhebung einer „Kontingente“. Für die Ölgesellschaften waren diese Gesetze ohne Ausnahme ein harter Schlag. Besonders aber für die amerikanischen, denen zu dieser Zeit von 299 Delquellen 204 gehörten, während sich nur noch 99 in britischem Besitz befanden. Die Proteste der Gesellschaften bewirkten das Eingreifen der Regierungen von Washington und London. Und, merkwürdig genug, brachen in Mexiko neue Unruhen aus, welche die Regierung an der Durchführung der Gesetze verhindern und schließlich stürzten. Die Nachfolger Carranzas, wieder Huerta und dann Obregon, schienen in der Ölfrage auch einzulenkern; der jetzige Präsident Calles bestand aber auf Durchführung der Gesetze.

Trotz aller Anfeindungen und Verwicklungen bei z. T. von fremden Regierungen inszenierten Unruhen konnte sich Calles bisher halten. Der Erfolg war, daß sich die englischen Ölgesellschaften den mexikanischen Bedingungen unterwarfen. Infolgedessen ging der Streit zwischen Mexiko und der Union allein weiter. Und es war selbstverständlich, daß er von der letzteren ganz im Sinne ihrer panamerikanischen Pläne geführt wurde. Die Spannung zwischen beiden Mächten wurde daher so scharf, daß die letzte Note aus Washington ultimativen Charakter hatte. Zu einem Bruche konnte es Mexiko aber nicht kommen lassen. Daher überrascht die Nachricht jetzt nicht, daß die mexikanische Regierung die amerikanischen Petroleumkonzessionen anerkennt und auf 50 Jahre bestätigen wolle. Dieser Sieg der Union in der mexikanischen Ölfrage ist für sie gleichzeitig ein solcher in der panamerikanischen Frage.

Die neue mexikanische Ölgesetzgebung.

Amerikas Nicaragua-Politik.

Die neuen mexikanischen Ölgesetze sind mit dem 1. Januar 1927 in Kraft getreten. Präsident Calles hat in seiner Neujahrsvorrede nochmals seine Politik begründet und dabei erklärt, er werde auch in Zukunft an der von ihm bisher geführten Ausländerpolitik festhalten.

Der Kongreß, der zu einer Sonder Sitzung zusammengetreten war, sprach Calles nach einer häufig von großen Beifallsstürmen unterbrochenen Sitzung das Ver-

Eupen-Malmedys Neujahrswunsch eine neue Abstimmung.

Eupen, 3. Januar. Die Presse von Eupen-Malmedy und St. Vith veröffentlicht eine Bitte an die belgische Regierung in Brüssel, in der u. a. hervorgehoben wird, daß die Handhabung der Abstimmungsbestimmungen bei der Volksbefragung im Jahre 1920 keinerlei Garantie für eine unbeeinträchtigte Willensäußerung der Bevölkerung geboten habe. Die Brüsseler Regierung werde inständig gebeten, dem Lande bald eine unbeeinträchtigte, freie und geheime Abstimmung zu gewähren, deren Ergebnis ganz sicher von der gesamten Bevölkerung in lokaler Weise anerkannt werden würde.

Die Aufnahme des Eupen-Malmedys-Aufrufes in Brüssel.

Brüssel, 3. Januar. Der Neujahrswunsch der Presse von Eupen und Malmedy und St. Vith, die gemeinsam in ihren Neujahrsausgaben die belgische Regierung aufforderten, eine zweite Volksabstimmung in den abgetretenen Gebieten zuzulassen, hat in der hiesigen Presse einigermaßen Eindruck gemacht. „Nation Belge“ und andere Blätter machen Deutschland den Vorwurf, es treibe systematisch Propaganda gegen den Versailler Vertrag. Man dürfe nicht glauben, daß die Bevölkerung der betroffenen Gebiete tatsächlich eine derartige Kampagne billige (?). Die belgische Regierung wird aufgefordert, umgehend eine entsprechende Erklärung abzugeben, in der eine neue Volksabstimmung abgelehnt wird. In Regierungskreisen ist demgegenüber zur Stunde noch nicht das Geringste über eine eventuelle Stellung-

Frauen aus. Der Führer der Farmer im Kongreß, Soto y Gama, protestierte gegen die Aktion der Wallstreet und die Machenschaften der amerikanischen Oligarchen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das amerikanische Volk in seiner Gesamtheit mit dieser Art Politik nicht einverstanden sein werde. Ganz Südamerika stehe im Streit um Nicaragua auf seinen Füßen. Der Kapitalisteneinbruch in Nicaragua zwingt seiner ganzen Aufmerksamkeit nach den Beobachter zu der Fragestellung, ob die Vereinigten Staaten seinerzeit in den Weltkrieg eingetreten seien, um die Sache des Rechts und der schwächeren Staaten zu verteidigen, oder ob nicht doch der Wunsch nach Erschließung neuer Märkte maßgebend gewesen sei. Die gegenwärtige Stunde sei wieder sehr kritisch. Gama erklärte, er glaube nicht an einen Krieg mit den U. S. A. Aber Mexiko werde seine Ehre zu schützen wissen. Der Arbeiterabgeordnete Martinez hielt eine ähnlich scharfe Rede gegen die U. S. A. Er erklärte, Nicaragua führe seinen Freiheitskrieg.

Präsident Diaz gegen Mexiko.

Der verstimnte Coolidge.

Der Staatspräsident der konservativen Regierung von Nicaragua, Diaz, veröffentlicht eine Erklärung, in der er die Behauptung aufreißt, die mexikanische Regierung habe eine neue Expedition ausgerüstet, um Waffen und Munition sowie Flugzeuge und militärisches Personal nach Nicaragua zu bringen. Die zum Schutze des Lebens und Eigentums amerikanischer Bürger vorgenommene Landung amerikanischer Seesoldaten in Nicaragua bedeute keineswegs eine Begünstigung seiner Regierung.

Präsident Coolidge gab nach einer Besprechung mit Staatssekretär Kellogg über die Opposition gegen die Entsendung amerikanischer Seestreitkräfte nach Nicaragua der Presse zu verstehen, daß eine wohlwollendere Mitarbeit an der amerikanischen Außenpolitik erwünscht und erforderlich sei, da andernfalls im Ausland Mißverständnisse hervorgerufen werden könnten. Als Beispiel hierfür wurden die bereits demontierten Gerichte über angebliche Schritte Amerikas zwecks Anerkennung Sowjetrusslands zitiert. „New York Herald and Tribune“ meldet, Coolidge sei stark verstimmt über die Kritik, die die Nicaraguafrage des Weißen Hauses seitens verschiedener Senatoren erfahren habe.

Die in Santiago de Chile erscheinende Zeitung „La Nacion“ schlägt vor, daß die südamerikanischen Staaten in der Nicaraguafrage ihre guten Dienste anbieten sollten.

Südamerikas Kritik an dem Verhalten der U. S. A. in der mittelamerikanischen Frage. Beunruhigung in Washington.

New York, 3. Januar. Washingtoner Meldungen stellen fest, daß Präsident Coolidge über die scharfe Kritik, die von Seiten der südamerikanischen Staaten an dem Verhalten Nordamerikas bei der Behandlung der mittelamerikanischen Probleme geübt wird, stark beunruhigt sei. In Washington sind Informationen aus Mexiko eingetroffen, wonach dort führende südamerikanische Vertreter mit Billigung des mexikanischen Präsidenten Calles die Bildung einer amerikanischen Union unter Ausschluß der U. S. A. besprochen hätten. Die öffentliche Meinung Südamerikas ist besonders ungehalten über das Auftreten der Vereinigten Staaten in der Panamafrage, der Nicaragua-Angelegenheit und der mexikanischen Frage.

nahme zu erfahren. Es verlautet, daß die Regierung auf den Pressaufbruch nicht weiter eingehen werde, da man nicht annehme, daß er eine unmittelbare und spontane Demonstration der Stimmung in den Gebieten von Eupen und Malmedy darstelle (?).

Der deutsch-italienische Vertrag.

Rom. Eine offiziöse Note der Agencia Stefani wendet sich gegen falsche Darstellungen ausländischer Blätter über den Ausgleichsvertrag mit Deutschland. Sie stellt zunächst fest, daß der Vertrag auf deutsche Initiative, auf einen im September von Stresemann in Genf gemachten Vorschlag zurückzuführen sei. Falsch sei, daß Mussolini dem Vertrag größere politische Tragweite und eine Spitze gegen Frankreich geben wollte. Ebenso falsch sei, daß Stresemann eine Einladung Mussolinis, nach Italien zu kommen, abgelehnt habe. Ueber Südtirol, das eine innere Angelegenheit bleibe, enthalte der Vertrag überhaupt nichts.

Warum die amerikanischen Truppentransporte sicher nach Frankreich kamen.

New York, 4. Januar. Kontradmiral Halligen erklärte im Marineauschuss, daß die Alliierten während des Krieges durch Radiotompe an der irischen, englischen und französischen Küste die Stellung der deutschen Unterseeboote ausfindig gemacht hätten. Dadurch sei es gelungen, sämtliche amerikanischen Truppentransporte sicher nach Frankreich zu bringen.